

Der Vollzugsdienst

2/2015 – 62. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Schäbigkeitswettbewerb der Beamtgehälter im Strafvollzug muss ein Ende haben

Kommentar von Anton Bachl,
BSBD-Bundesvorsitzender

Seite 1

BSBD Berlin: Das Justizvollzugspersonal fühlt sich alleingelassen

Gewalt hört hinter
Gefängnismauern nicht auf

Seite 17

Einkommensrunde 2015: Nach zähen Verhandlungen Einigung erzielt

Übertragung auf Besoldung und
Versorgung unverzichtbar

Seite 47

Mehrere Tausend Demonstranten, unter ihnen Hunderte Bedienstete aus dem NRW-Strafvollzug, bewegten sich durch die Düsseldorfer Altstadt



Fachteil: Krankenversicherungsrecht der Rentner



Baden-Württemberg



Mecklenburg-Vorpommern



Sachsen-Anhalt

INHALT

BUNDESVORSTAND

- 1 Der Schädigkeitswettbewerb muss ein Ende haben
- 1 Tarifabschluss auf Landes- und Kommunalbeamte übertragen
- 2 Überflüssig und verfassungswidrig
- 4 Europarat verkennt Beamtenrecht
- 4 Datenschutz wird immer wichtiger


LANDESVERBÄNDE

- 5 Baden-Württemberg
- 17 Berlin
- 22 Brandenburg
- 24 Bremen
- 27 Hamburg
- 30 Hessen
- 37 Mecklenburg-Vorpommern
- 43 Niedersachsen
- 47 Nordrhein-Westfalen
- 61 Rheinland-Pfalz
- 66 Saarland
- 68 Sachsen
- 73 Sachsen-Anhalt
- 74 Schleswig-Holstein
- 77 Thüringen

FACHTEIL

- 83 Krankenversicherungsrecht der Rentner:
Als Pflichtmitglieder unerwünscht



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	Anton Bachl	bachl@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Petra Gerken-Wolf	bsbd-frauen@bsbd.de tarif@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Wolfgang Jänicke	wolfjnicke@aol.com
Stellv. Bundesvorsitzender	Friedhelm Sanker	fsanker@t-online.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Franz-Josef Schäfer	eu@bsbd.de
Schriftleitung	Burghard Neumann	vollzugsdienst@t-online.de
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bawue.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	thomas.goiny@berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Rainer Krone	bsbdbbrb@t-online.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Werner Fincke	werner.fincke@JVA.BREMEN.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Helmut Halwachs	Helmut.Halwachs@jm.mv-regierung.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Uwe Oelkers	uwe.oelkers@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Peter Brock	bsbd-p.brock@t-online.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	rene.selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Uwe Bülau	uwe.buelau@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 3/2015:



15. Mai 2015

Antrittsbesuch in Mainz

BSBD-Landesvorstand traf sich mit neuer Hausspitze

Arbeitsgruppe der Gewerkschaft Strafvollzug entwickelt Konzept zur Mitarbeiterführung

Zum Antrittsbesuch bei Minister Prof. Gerhard Robbers und Staatssekretär Dr. Hannes Kopf waren fast alle Mitglieder des Landesvorstandes nach Mainz angereist.

In einer ungewohnt angenehmen und entspannten Atmosphäre konnten die Gewerkschaftler nach einer kurzen gegenseitigen Vorstellungsrunde die anstehenden Erörterungspunkte vortragen. Die Abteilung V im Ministerium der Justiz und für den Verbraucherschutz war vertreten durch Herrn Ministerialdirigenten **Gerhard Meiborg**.

Zunächst war die Justizvollzugsschule in Wittlich Kernpunkt des Gesprächs. Landesvorsitzender **Winfried Conrad** erläuterte in sehr drastischen Worten die aktuelle Situation im Bereich der Unterbringung der Teilnehmer an angebotenen Fortbildungsveranstaltungen. Keine Toiletten/Nasszellen in den Zimmern, eine

in Bad Münster am Stein. Viele Kolleginnen und Kollegen, so die Gewerkschaftsvertreter, verzichteten auf die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen wegen der Misere im Unterbringungsbereich.

Auch die Ausbildungsinhalte müssen nach Meinung der Teilnehmer aus den Reihen der Gewerkschaft auf den Prüfstand. Ausbildungsinhalte wie der EDV-Bereich, Ladungssicherheit und viele weitere zwingend notwendige Lerninhalte werden überhaupt nicht während der Ausbildung in der JV-Schule angeboten. Erwachsenengerechter Unterricht, Vermittlung von Berufswerten, dazu gehört auch das äußere Erscheinungsbild eines Strafvollzugsbediensteten, müssen mit im Focus



Minister Prof. Dr. Gerhard Robbers. Foto: MJV RLP

und Kollegen die den Weg des Laufbahnwechsels beschreiten insgesamt sieben Jahre länger (bis 65.) arbeiten als bei der früheren Regelung; ein unhaltbarer Zustand, so **Conrad**. Auch hier versprach Staatssekretär **Dr. Kopf** sich dem Problem anzunehmen.

Im Hinblick, dass der **BSBD Rheinland-Pfalz** erheblichen Verbesserungsbedarf im Bereich der Mitarbeiterführung sieht, wurde der Hausspitze des Ministeriums das von der **BSBD** Arbeitsgruppe entwickelte Konzept zur Mitarbeiterführung überreicht. Ziel ist es, möglichst zeitnah das Konzept mit den Entscheidungsträgern zu erörtern und möglichst auch umzusetzen. Angesprochen wurden auch die notwendigen Qualifizierungsmaßnahmen für Leitungskräfte. Erst jemanden mit einer Leitungsfunktion zu betrauen und dann erst durch Fortbildungsangebote zu qualifizieren, ist nach Auffassung der Gewerkschaftsvertreter der falsche Weg.

Weitere Themen waren:

- Gewinnung von geeignetem Nachwuchs für alle Laufbahnen des Justizvollzuges
- Gesundheitsmanagement
- Beförderungssituation – insbesondere im 3. Einstiegsamt –

Zuletzt sprach Landesvorsitzender **Conrad** noch die Praxis des Ministeriums bei Behördenleiterwechsel an. Es ist sehr traurig, dass eine über Jahre praktizierte Verfahrensweise Behördenleiter in einem angemessenen Rahmen zu verabschieden oder in ein Amt einzuführen nicht mehr erfolgt ist.

Weitere Themen waren:

Früher – und so soll es ja auch sein – waren zu diesem Anlass Gäste aus anderen örtlichen Behörden, der Politik, der Kirche, der Personalvertretungen usw. zu diesen Veranstaltungen geladen. Damit war auch eine Art der Wertschätzung, nicht nur für die Behördenleitung, sondern auch für alle an der Vollzugseinrichtung tätigen Bediensteten und auch Nichtbediensteten gegeben.

Mit großer Freude nahmen die Gewerkschaftsvertreter zur Kenntnis, dass der Minister und auch der Staatssekretär versicherten zukünftig diese Art von Veranstaltungen wieder durchzuführen, soweit die betroffenen Behördenleiter es wünschen. Beide Seiten möchten auch zukünftig im Gespräch bleiben.



V. li. n. re.: Hans-Dieter Gattung, Mark Schallmo, Harald Kuhn, Ministerialdirigent Gerhard Meiborg, LV Winfried Conrad, Minister Prof. Dr. Gerhard Robbers, Staatssekretär Dr. Hannes Kopf, Markus Stahl, Dieter Kircher, Stefan Wagner, Michael Schäfer, Bruno Vogt, Michael Becker. Foto: BSBD RLP

Gemeinschaftsdusche auf dem Gang, die sich die Kolleginnen und Kollegen teilen müssen, sind nur die herausragenden Mängel in dem dortigen Unterbringungsbereich.

Seit Jahrzehnten werden der Umbau und die Sanierung der Bereiche angekündigt, bisher hat sich aber noch nichts getan. Referenten und Teilnehmer des Ministeriums werden in der Regel in dem komfortableren Seminargebäude untergebracht, das „Fußvolk“ muss mit dem alten Unterbringungshaus vorlieb nehmen. Selbst die Tagung der Behördenleitungen wurde schon vor Jahren ausgelagert, diese tagten bisher in einer Einrichtung des Landes Hessen oder in der Fortbildungseinrichtung der Justiz

der Schule stehen. Auch ein zentrales Auswahlverfahren für Bewerberinnen und Bewerber für den allgemeinen Vollzugsdienst soll nach Auffassung des Ministers und des Staatssekretärs ernsthaft geprüft werden – auch eine langjährige Forderung unserer Gewerkschaft.

Ein weiterer Besprechungspunkt war der bisher nicht realisierte Laufbahnwechsel vom 2. in das 3. Einstiegsamt auf dem Wege der Fortbildungsqualifizierung. Nach Abschaffung des sogenannten Verwendungsaufstieges gibt es derzeit nicht mehr die Möglichkeit, dass Spitzenleitungsfunktionen wie VDL oder Werkdienstleiter in die A 9 bis A 11 befördert werden können. Nach der aktuellen Rechtslage müssten die Kolleginnen

Alt werden ist nichts für Feiglinge!

Ruhestand oder Unruhestand – gibt es Leben nach der Pensionierung?



Dipl. Psychologe
Michael Benner-
Bickelmann.

Foto: BSBD RLP

Fast zwanzig Kolleginnen und Kollegen folgten der Einladung des Landesverbandes zu einem Seminar, fast ausschließlich für über 50-jährige. Dipl. Psychologe **Michael Benner-Bickelmann** referierte aus der Sicht des Fachmannes über die Thematik „Was macht die Zuruhe-
setzung aus einem Menschen?“.

Mit einem Zitat des erst kürzlich verstorbenen **Joachim Fuchsbergers** „*Altwerden ist nichts für Feiglinge*“ wurde eine interessante und ausführliche Diskussion ausgelöst. In einem weiteren Referat berichtete Jungpensionär **Paul Schwenk** über seine persönlichen Erlebnisse mit den Übergang in den verdienten Ruhestand.

AG „Finanzplanung/ Kostenoptimierung“

Zum ersten Treffen kamen die Mitglieder der Arbeitsgruppe in Zweibrücken zusammen.



Landesschatz-
meister Willibald
Mayer.

Foto: BSBD RLP

Beraten wurden insbesondere weitere Einsparmöglichkeiten die den angespannten Haushalt des Landesverbandes entlasten sollen.

Die Kassenprüfer haben anlässlich der letzten Zusammenkunft der Verbands-gremien mit großem Nachdruck auf eine Konsolidierung der Verbandskasse gedrängt. Sehr intensiv wurden auch weitere Verbesserungen des Leistungs-
angebotes für die Mitglieder erörtert. Dennoch wird der Landesverband nicht auf eine zeitnahe Beitragsanpassung verzichten können. Seit über 10 Jahren ist der Beitrag – trotz Kostensteigerungen auch durch die Eurominstellung – unverändert geblieben.

AG psychologischer Dienst aktiv!

Unbefriedigende finanzielle Situation der Tarifbeschäftigten erörtert

Derzeit sind 61 Kolleginnen und Kollegen im psychologischen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz tätig. Um die Interessen der in der Gewerkschaft **Strafvollzug – BSBD – organisierten Mitglieder des psychologischen Dienstes zu vertreten, trafen sich die AG Mitglieder zu einem Gespräch mit dem zuständigen Referatsleiter beim MJV, Herr Robert Haase, in Mainz.**

Thema war zunächst die bisher hoch angesiedelte und gewünschte Approbation. Hier erklärte Herr **Haase** seine Sicht so: „Wir brauchen geeignete Psychologen, egal ob mit oder ohne Approbation.“

Unter seiner Vorgängerin habe es eine Zunahme von Fachlichkeit gegeben, dies wolle er auch weiterhin fortsetzen.

Gefordert wurde von den Gewerkschaftlern zu prüfen inwieweit die Approbation zum Beispiel in einer zu gewährenden Zulage Anerkennung finden könnte.

Derzeit müssen die approbierten Kräfte jährlich einen Kammerbeitrag von 530 Euro und weitere finanzielle Mittel für geforderte Fortbildung aufwenden. Auch die unbefriedigende finanzielle Situation der Tarifbeschäftigten im psychologischen Dienst wurde erörtert. Hier besteht Handlungsbedarf!



Robert Haase, Referatsleiter beim MJV, mit den Teilnehmern der „AG Psych“.

Foto: BSBD RLP

Treffen mit Ministerialrätin Körner

Zu einem sehr intensiven Meinungsaustausch trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe mit Frau Ministerialrätin **Iris Körner** und deren engen Mitarbeiter **Herrn Schönbrunn** in Mainz. Themen der Besprechung waren die nachfolgenden Punkte:

- Mangelnde Wertschätzung der Laufbahnangehörigen
- Beförderungssituation
- Fehlende berufliche Entwicklungsmöglichkeiten
- Einkommensnachteile der Tarifkräfte
- Nachwuchsmangel



Frau Körner (4. v. l.) und Herr Schönbrunn (2. v. r.) im Gespräch mit den Mitgliedern der Arbeitsgemeinschaft Psychologischer Dienst“.

Foto: BSBD RLP

Konzept erarbeitet

BSBD-Arbeitsgruppe „Mitarbeiterführung“ weiterhin aktiv

Erkenntnisse legen eindeutig dar, wo man ansetzen muss um Missständen zu begegnen

Die seit mehreren Jahren mit guten Arbeitsergebnissen arbeitende BSBD-Arbeitsgruppe „Mitarbeiterführung“ hatte zuletzt ein Konzept erarbeitet, um die Defizite bei der Führung der Mitarbeiter im rheinland-pfälzischen Justizvollzug aufzuzeigen und um neue Wege bei der Führung der Mitarbeiter zu eröffnen.

An der Spitze der AG steht weiterhin unser BSBD-Landesvorsitzender **Winfried Conrad**. Weitere Mitglieder sind seit Jahren Frau Dipl.-Psychologin **Anke Kompa-Lang**, Justizvollzugsinspektor **Volker Mottausch**, Justizvollzugsinspektor **Michael Becker**, Diplom-Verwaltungswirt/FH **Axel Schaumburger** und neu dabei Justizvollzugshauptsekretär i. R. **Willibald Mayer**.

Bei der Vorstellung des Konzeptes im Justizministerium, bei den Landtagsfraktionen, bei Politikern unterschiedlicher Couleur, und vielen anderen, ist man regelmäßig auf Interesse und Verständnis gestoßen. Leider mangelt es aber an der Umsetzung der Erkenntnisse, was nach Meinung der Mitglieder der Arbeitsgrup-

zeitbelastung, schlechter Personalausstattung, mangelnder Wertschätzung und mangelhafter Arbeitsbedingungen im Allgemeinen, sondern resultieren auch in erster Linie aus dem Verhältnis zwischen Führungskräften und ihren Mitarbeitern, was bedeutet, dass bei mangelhafter Führungskompetenz die unerwünschten oben genannten Folgen unweigerlich verstärkt auftreten.

In einem mit sehr hohen psychischen Belastungen behafteten Berufszweig wie dem Justizvollzug ist es noch viel notwendiger, als in vielen anderen Berufsfeldern, eine Führungsqualität auf einem sehr hohen Niveau zu haben. Dies trifft für die Führungskräfte aller Laufbahnen zu. Das Gegenteil ist leider oft der Fall, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Von Egoisten geleitete oder einseitiger Berufsblindheit geschlagene Menschen, ohne Erfahrungen in Menschenführung werden einfach so, nach einem dem Personal und seinen Vertretern sich bis heute nicht zu erschließenden Auswahlverfahren, in „Amt und Würden“, sprich Führungsfunktionen eingesetzt. Welch ein Irrsinn und welche Zumutung! Es ist kaum zu glauben, aber selbst nach Jahren der negativen Erfahrungen ist man ganz offensichtlich nicht in der Lage oder evtl. willens den Fehlentwicklungen Abhilfe zu leisten.

Will man etwa stromlinienförmige, willfähige, nur auf die eigene Karriere schielende Führungskräfte und der Rest ist egal? Damit muss endlich Schluss sein.

Wir fordern daher die schnellstmögliche Umsetzung unserer auf jahrzehntelanger, professioneller Erfahrung basierenden Erkenntnisse zur Menschenführung.

Das ist der Dienstherr seinen Mitarbeitern, die ihre Gesundheit und ihr Leben riskieren mehr als schuldig und ist eigentlich in seinem eigenen Interesse. Aber wer vertritt „seine“ Interessen?

Als einer der ersten Schritte bedarf es daher der Einführung einer Sonderlaufbahn Justizvollzug, um den von der Landesregierung vorgegebenen und ausdrücklich erwünschten Durchstieg über die früheren Laufbahngruppengrenzen hinweg zu ermöglichen.

Kein Bereich des rheinland-pfälzischen öffentlichen Dienstes wird mehr diskriminiert, als der Justizvollzug, wenn man nur die fehlenden Aufstiegsmöglichkeiten für die Einstiegsebene 2 betrachtet.

Was tut der Dienstherr, um den Missstand zu beseitigen? – Nur wenig. – Damit muss ebenso Schluss sein!

Führungskräfte sollten zu einem hohen Prozentsatz (mindestens zu 50 %) bis zur Anstaltsleitung – evtl. auch durch Einführung einer Quote – ursprünglich aus dem Bereich der Einstiegsebene 2 kommen. Durch Studium und Fortbildung qualifiziert kommt es dann sozusagen automatisch in der Leitungsebene, wie bei der Polizei, zu einer sehr fruchtbaren Durchmischung von Seiteneinsteigern und denjenigen, die „von der Pike“ an dabei sind und Praxiswissen einfließen lassen. Nur durch Einführung einer Sonderlaufbahn, kann man die Voraussetzungen im Justizvollzug dafür schaffen.

Das ist eine unserer Vorstellungen, um den derzeitigen Zustand zu verbessern. Hierfür stehen wir und wir kämpfen für mehr Transparenz (was ebenso Ziel der Landesregierung ist) und mehr Chancengerechtigkeit zum Wohle aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

• BSBD – wir bleiben am Ball! •

Seminar in Schönstatt

„Und die Moral von der Geschicht – Beamter werden lohnt sich nicht!“ Sehr provozierend war das Thema des Referats formuliert, das die Teilnehmer des BSBD Seminars – Moral in der Arbeitswelt Strafvollzug – sich anhören mussten.

Die Verweigerung einer fairen Besoldungsanpassung, Rückschnitte bei Leistungen, mangelnde Wertschätzung und das geringe Ansehen des Berufes in der Gesellschaft wurden intensiv erörtert. Fast zwanzig Teilnehmerinnen und

Teilnehmer aus fast allen Einrichtungen des Vollzuges nahmen an dem Seminar in Schönstatt teil. Sehr interessant waren die Ausführungen von Frau **Sahler-Fesel**, die als Abgeordnete des **SPD** im rheinland-pfälzischen Landtag zum Thema „Moral in der Arbeitswelt? Antworten der Politik!“ referierte. Weitere kompetente Referenten waren **Hans Dieter Gattung** und **Holger Rittinger**.



Foto: BSBD RLP

pe in erster Linie an den ausführenden Organen des Justizministeriums liegt.

Die Arbeitsgruppe will daher den Leitungswechsel im Justizministerium zum Anlass nehmen um einen weiteren Vorstoß vorzunehmen und das Konzept und seine Auswirkungen dem neuen Justizminister **Prof. Dr. Gerhard Robbers** und dem neuen Staatssekretär **Dr. Hannes Kopf** persönlich vorzustellen.

Die Erkenntnisse der verschiedenen fachlichen Disziplinen aus dem Justizvollzug, die in das erarbeitete Konzept eingeflossen sind, legen eindeutig dar, wo es hakt und wo man ansetzen muss, um den Missständen bei der Personalführung zu begegnen.

Hohe Krankenstände, Demotivation, Frühpensionierungen, sowie mangelnde Arbeitsqualität sind nicht nur Ausfluss mangelhafter Besoldung, hoher Dienst-



Ingeborg Sahler-Fesel.
Foto: BSBD RLP

Der Justizvollzugsbeamte als Mensch

Er sitzt schon eine ganze Weile an seinem neuen Schreibtisch im Justizministerium, unser aller neuer Chef. Warum der alte Chef so mirnixdimix gehen musste, so mitten in der Legislaturperiode, das wusste keiner so genau zu sagen. Dass welche ihren Ministerposten räumen mussten, weil sie zu König-Kurts-Ära für die überflüssigste Schuldennachhaltigkeit mit gesorgt haben, die Rheinland-Pfalz je erlebt hat, das war ja noch irgendwie nachzuvollziehen, Bauernopfer finden sich überall, aber dass welche aus dieser Ära am Kabinettstisch sitzen bleiben durften, das trieb mir doch die Runzeln auf die Stirn. Ganz nach dem Motto, wenn schon denn schon, musste unser alter Chef gleich mit auf den Hinterbänken Platz nehmen. Dabei hatte der doch wirklich nichts Schlimmes getan, nicht mal in seinem Jagdrevier, es blieb doch nur beim Versuch. Ich, jedenfalls, hatte nichts gegen den alten Chef, war ihm ja auch nie begegnet. Und zum Jahreswechsel hatte er sich wie alle anderen Ex-Chefs auch, artig für unsere Leistungen im Vollzug bedankt. Und wenn er ein bisschen Kleingeld in der linken Hosentasche gehabt hätte, wer weiß, was er uns noch so versprochen hätte. Wie dem auch immer sei, jetzt haben wir einen neuen Chef.

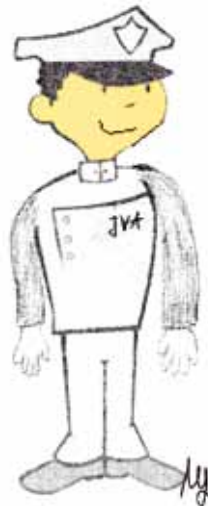
Man trifft ihn nur selten in seiner Residenz an. Er ist viel im Land unterwegs, um zu schauen, wie und wo seine Untertanen so ihren Dienst verrichten.

Vielleicht sollte ich besser vorbereitet sein, sollte er einen Blick hinter unsere Kulissen werfen, ich auf dem Dienstplan stehe, und wie es der Zufall dann so will, auch tatsächlich im Dienst bin. Ein Geschenk wäre vielleicht nicht schlecht. Geschenke lenken ab.

„Denk' daran, Valentin, so ein Geschenk darf nichts kosten.“

Ich hatte gerade an einen Schornsteinfeger aus Marzipan gedacht, aber so was kostet. Ich bin ja kein Schokolatier, bin ja Justizvollzugsbeamter. Wilhelmines guter Ratschlag kam nicht von ungefähr. Nicht nur meine Frau wartet immer noch auf eine verfassungsrelevante Entscheidung, ob das alles so richtig gewesen war, ihrem Mann eine andere Tarifvereinbarung zu verpassen als es im öffentlichen Dienst allgemein üblich ist. Viele andere Familien der Kolleginnen und Kollegen warten auch schon sehr gespannt auf eine Entscheidung in dieser Frage.

Als Idee kam mir Der Vollzugsdienst in den Sinn. Man sollte dem Minister vielleicht die



Ausgaben der beiden letzten Jahre schenken. So könnte er sich in die Sorgen und Nöte seiner Lehen einlesen, ein wenig Empathie für unseren speziellen Berufsstand entwickeln, und so ganz nebenbei würde er eine Menge genialer konstruktiver Vorschläge der Praktiker mitbekommen, wie man den Vollzug besser gestalten könnte. Aber Minister haben für gewöhnlich wenig Zeit. Termine.

Ich verwarf die Idee und rief Schorsch an. Ich fragte ihn, ob er vielleicht eine Idee hätte. Schorsch meinte, er rief zurück. Das tat er dann auch. Drei Wochen später.

Schorsch hatte keine zündende Idee gehabt. „Keine Zeit, ständig Dienst, nun, Valentin, du weißt schon.“

Schon war ich mal wieder auf mich allein gestellt. Keine angenehme Situation. Also, das mit dem Geschenk lass' ich mal. Die Dankesworte zum Jahreswechsel werden mir auch so gewiss sein. Und überhaupt, was bilde ich mir ein? Als wenn mir der Minister über den Kopf laufen möchte, wenn er unserer Anstalt einen Besuch abstattet. Da gibt es doch viel wichtigere Damen und Herren, die ins Schwitzen kommen. *Euer Valentin Wächter*

Informationen über die Justiz

AG der Gewerkschaften trifft MdL Katharina Raue

BSBD, DJG und der Verband der Anwälte trafen sich zu einem Meinungsaustausch mit der Landtagsabgeordneten Katharina Raue (Bündnis 90/Die Grünen).

Frau **Raue**, die sowohl für die Justiz und den Polizeibereich zuständig ist, ließ sich von den Verbandsvertretern ausführlich über die Probleme in und um die Justiz informieren. **BSBD** Landesvorsitzender **Winfried Conrad** nahm den Besuch zum Anlass Frau **Raue** auf das Gerücht anzusprechen inwieweit auch über Schließung von Justizvollzugseinrichtungen nachgedacht wird. MdL **Raue** favorisiert zwar keine Schließung von Einrichtungen, dennoch bestehe der Druck sich mit weiteren Einsparmaßnahmen zu beschäftigen.



V.l.n.r. BSBD-Landesvorsitzender Conrad, Kollege Klas (DJG), MdL Katharina Raue und Kollege Sterzyk (Verb. der Anwälte). Foto: BSBD RLP



Blick in die Gesprächsrunde.

Foto: BSBD RLP

„Berechnungen 40 Jahre alt“

Gespräch mit Vertretern des Ministeriums

Gesprächspartner der aus dem ganzen Land angereisten Interessenvertreter waren neben dem neuen Referatsleiter Herrn Robert Haase auch Frau Dr. Steitz und Frau Graf, beide Mitarbeiterinnen von Herrn Haase in der Abteilung 5 beim Ministerium der Justiz und für den Verbraucherschutz.

Die Teilnehmer aus den **Sozialen Diensten** wiesen auf die gute Zugangsdiagnostik hin, die aber daraus sich ergebenden Behandlungsmaßnahmen seien noch nicht so optimal umgesetzt. Hier stellt sich die Frage: Wie kann man mit dem vorhandenen Personal die gestiegenen Anforderungen umsetzen? Nach Auffassung der Gewerkschaftsvertreter basieren die Personalbedarfsberechnungen für die **Sozialen Dienste** auf teilweise 40 Jahre alten Berechnungen. Eine an den Anforderungen orientierte Personalausstattung sei – auch im Hinblick auf ein optimales Übergangsmanagement – zwingend erforderlich.

„Angst essen Seele auf“

Seminar über psychische Belastung am Arbeitsplatz im Strafvollzug

16 Kolleginnen und Kollegen nahmen die Möglichkeit wahr an dem obigen Seminar teilzunehmen, bei dem neben dem Landtagsabgeordneten Matthias Lammert CDU auch das Landesvorstandsmitglied und Psychologe Michael Bach als Referenten zur Verfügung standen.

MdL Lammert beschäftigte sich mit der Thematik „Welche Antworten hat die Politik auf die steigenden Belastungen am Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst“. Lammert ging in seinem Referat auf den gestiegenen Belastungsdruck im Strafvollzug ein. Mehr Übergriffe, starke

Arbeitsverdichtung und der Personalabbau seien nach Meinung der CDU-Fraktion einige der Gründe die dazu geführt hätten. Die Beibehaltung der Altersgrenze 60. als Pensionierungsdatum sei auch in der CDU gefordert worden. Auch die Übernahme der Tarifergebnisse 2015 auf den beamteten Bereich sei das Minimum in Sachen Besoldung. Zukünftig – so Lammert – sei das Thema Beamtenbesoldung im Fokus seiner Partei. Sehr anschaulich artikulierten die Anwesenden ihre Forderungen an die Politik zur Minderung der gestiegenen Belastungen. Mangel-



Matthias Lammert.
Foto: BSBD RLP

de Wertschätzung – oder Förderung der Arbeitszufriedenheit – auffällige Krankenstände sind nach Auffassung der Gewerkschaftsangehörigen nicht unbedingt im Blickfeld des Arbeitgebers der Justiz. Lammert sicherte zu, die vorgetragenen Kritikpunkte in der CDU-Fraktion, aber auch in der Strafvollzugskommission zu thematisieren. Landesvorsitzender Winfried Conrad bedankte sich bei MdL Matthias Lammert für seinen Engagement.

Aschermittwochsgespräch

„Am Aschermittwoch ist alles vorbei“, dieser Liedtext galt nicht für die Gewerkschaft Strafvollzug, deren Vertreter zu einem Gespräch nach Mainz angereist waren.

Gesprächspartner war Ministerialdirigent Gerhard Meiborg, Leiter der Abteilung Strafvollzug im Ministerium. Als Einstieg in das in sehr entspannter und harmonischer Atmosphäre geführten Gesprächs diente zunächst die hauspolitische Situation. Die bisherigen drastischen Einsparungen im personellen Bereich haben den rheinland-pfälzischen Vollzug erheblich belastet. Zwar seien die Gefangenzahlen rückläufig aber dafür habe sich die Zahl der verhaltensauffälligen und schwierigen Gefangenen deutlich erhöht. Landesvorsitzender Winfried Conrad warnte vor weiteren Einsparungen, die Sicherheit sei jetzt schon tangiert, führte er aus. Vor der anstehenden Landtagswahl müssten sich alle

Parteien positionieren, wie der zukünftige Strafvollzug des Landes aussehen soll.

Weitere Gesprächsthemen waren:

- Ausbildungsinhalte für Anwärterinnen und Anwärter des II. Einstiegsamtes,
- die geforderte Erhöhung der Gitterzulage,
- die personelle Besetzung von Spitzenämtern in den Vollzugeinrichtungen und im MJV.

Der Austausch zwischen der Gewerkschaft und dem Ministerium soll – so die einhellige Meinung aller Beteiligten – auch zukünftig im regelmäßigen Abstand erfolgen.



Foto: BSBD RLP

Personalräte drücken Schulbank

Seminar mit mehreren Themenbereichen

Fast 30 Personalräte aus der rheinland-pfälzischen Justiz nahmen an der Personalräteschulung in der Bildungsstätte Marienland bei Schönstatt teil.

Die Schulung umfasste die Themenbereiche Motivation und Konfliktmanagement in der Personalratsarbeit und die Stellung der Gleichstellungsbeauftragten. Der erste Tag war geprägt durch Gruppenarbeit und Rollenspiele. Probleme der täglichen Personalratsarbeit wurden in Rollenspielen aufbereitet.

Ein Teil der Teilnehmer/innen schlüpfte in die Rolle der Behördenleitung – mit Unterstützung des Referenten – andere mussten sich mit der Rolle der Personal-

vertretung auseinandersetzen. Lernziel war der Umgang mit Problemstellungen in der Kommunikation.



Ingrid Fett bei ihrem Fachvortrag. Foto: BSBD RLP

Der zweite Tag stand im Zeichen der Gleichstellung. Beide Referentinnen, die Kolleginnen Ingrid Fett und Beate Teusch-Martins, informierten interessant und kompetent über den Themenbereich. Seminarinhalt war auch noch die Mitbestimmung der Personalräte bei geplantem Personalabbau. Weitere Schulungen im Jahr 2015 sind in Planung.

Der Ortsverband Rohrbach bedankt sich

Die „Demo“ am 12.03.2015 in Mainz war ein großartiges Ereignis.

Etwa 5000 Teilnehmer waren dem Aufruf der Gewerkschaften gefolgt, und beteiligten sich am Streik bzw. an der Demonstration.

Auch der BSBD-Landesverband war an diesem Tag zugegen und zeigte Flag-

ge. Das von uns getragene Banner mit der Aufschrift: „Wer nicht hören will muss fühlen“, – „Die nächste Wahl kommt bestimmt“, war ein toller Aufmacher, der sehr viel Beachtung fand.

Besonderen Dank gilt den Kollegen aus Roba, die den Weg nach Mainz gefunden hatten, um sich aktiv an der Verbandsarbeit zu beteiligen.



Fotos (3): BSBD RLP

